

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 26. Mai 2017 zu Togo: Gefährdung von Oppositionellen

Fragen an die SFH-Länderanalyse:

- Inwiefern ist eine Person, die im Jahr 2015 in der togolesischen Opposition einschliesslich der Oppositionspartei *Alliance Nationale pour le Changement* (ANC), der *Association des victimes de la torture au Togo* (ASVITTO) und dem *Regroupement des Jeunes Africains pour la Démocratie et le Développement* (REJADD) aktiv war, heute noch einem Verfolgungsrisiko ausgesetzt?
- Welche Verfolgungsarten (Entführung, Folter, Hinrichtung) gegen Mitglieder der togolesischen Opposition sind dokumentiert?
- Wurde gegen Colonel Olivier Amah ein internationaler Haftbefehl erlassen?
- Ist eine Person, die der Zusammenarbeit mit Colonel Olivier Amah zur Vorbereitung eines Staatsstreichs verdächtigt wird, aktuell einer Verfolgung ausgesetzt?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die der SFH derzeit zur Verfügung stehen, sowie auf den Informationen von sachkundigen Kontaktpersonen.

1 Gefährdung von in der togolesischen Opposition aktiven Personen

Risiko von «verborgenen Drohungen». Eine bei einer Menschenrechtsorganisation in Westafrika tätige Kontaktperson gab am 23. Mai 2017 gegenüber der SFH folgendes an: Personen, die im Jahr 2015 in der togolesischen Opposition einschliesslich der Oppositionspartei *Alliance Nationale pour le Changement* (ANC), der *Association des victimes de la torture au Togo* (ASVITTO) und dem *Regroupement des Jeunes Africains pour la Démocratie et le Développement* (REJADD) aktiv waren und offen Position bezogen haben, riskierten «verborgene Drohungen». So sei es möglich, dass man eine kompromittierende Geschichte suche, mittels derer man die Person ins Gefängnis bringen könne.

2 Informationen bezüglich Olivier Amah und mit ihm in Verbindung gebrachten Personen

Internationaler Haftbefehl gegen Olivier Amah, Gefährdung von mit ihm in Verbindung gebrachten und der Vorbereitung eines Staatsstreichs verdächtigten Personen. Eine bei einer Menschenrechtsorganisation in Westafrika tätige Kontaktperson gab am 23. Mai 2017 gegenüber der SFH folgendes an: Gemäss den ihr vorliegenden Informationen sei im Oktober 2016 ein internationaler Haftbefehl gegen den Kommandanten Olivier Amah erlassen worden. Eine Person, die der Zusammenarbeit mit Olivier Amah zur Vorbereitung eines Staatsstreichs verdächtigt wird,

Weyermannsstrasse 10
Postfach
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7



könne festgenommen werden, und es bestehe weiterhin das Risiko von Misshandlung oder Folter. Zwar setzten sich die togolesischen Behörden dafür ein, dass diese Praktiken aufhörten; diese würden jedoch in den Gefängnissen der Gendarmerie und der Polizei weiterhin angewendet.

Festnahme und Inhaftierung von Olivier Amah im Jahr 2013 und Flucht ins Ausland. Gemäss Berichten von *Amnesty International* (4. Mai 2016) und *Action des chrétiens pour l'abolition de la torture (ACAT)/Amnesty International* (22. April 2015) wurde Olivier Amah, damals Präsident des Vereins der Folteropfer in Togo (*Association des victimes de la torture au Togo – ASVITTO*), im September 2013 festgenommen und der Anstiftung zum Aufstand angeklagt, da er über das harte Vorgehen der Sicherheitskräfte bei Demonstrationen gesprochen hatte. Er wurde im Februar 2014 auf Bewährung freigelassen und floh aus Angst um seine Sicherheit ins Ausland. Während seiner Inhaftierung hatte er offenbar Todesdrohungen erhalten.

Amnesty International, 4. Mai 2016:

«In September 2013, Amah Olivier, President of Association des Victimes de la Torture au Togo (Association of Victims of Torture in Togo, ASVITTO), was arrested and charged with incitement to rebellion for speaking about the crack-down on demonstrations. He was released in February 2014 and fled the country fearing for his safety.» Quelle: Amnesty International, Togo: Human Rights – A Long Way to Go, 4. Mai 2016, S. 10:
www.amnesty.org/en/documents/afr57/3852/2016/en/.

ACAT/Amnesty International, 22. April 2015:

«Amah Olivier, President of the Association of Victims of Torture in Togo (ASVITTO), was also arrested in September 2013 after discussing the current political climate during a demonstration and was charged with “inciting rebellion”. He was released on bail in February 2014 and also reportedly received death threats whilst in detention.» Quelle: ACAT-France – Action by Christians for the Abolition of Torture; AI - Amnesty International: Togo: One decade of impunity; Five steps to end impunity, 22. April 2015, S. 2:
www.ecoi.net/file_upload/1226_1429776228_afr5715082015english.pdf.

3 Repressionen und Gewaltanwendung gegen regierungskritische Personen

Repressionen und Gewaltanwendung gegen friedlich Protestierende und Demonstrierende durch staatliche Sicherheitskräfte. Gemäss verschiedener Berichte von *Amnesty International* wenden staatliche Sicherheitskräfte in Togo bei friedlichen Demonstrationen und Protesten von Personen, die in der Opposition aktiv sind oder sich regierungskritisch äussern oder betätigen, weiterhin repressive Massnahmen und unverhältnismässige Gewalt an. So wurden in Yembour gemäss *Amnesty International* (12. April 2017) während Demonstrationen zwischen dem 12. und 17. März 2017 drei Schülerinnen und Schüler festgenommen und ins Zivilgefängnis von Dapaong gebracht. Sie wurden «schwerer Störungen der öffentlichen Ordnung»

(«*troubles aggravés à l'ordre public*») angeklagt und am 24. März 2017 bedingt aus der Haft entlassen.

Am 1. März 2017 berichtete *Amnesty International* von einer Demonstration am 28. Februar 2017 in Lomé wegen der gestiegenen Preise von Erdölzeugnissen. Die Demonstration sei so lange friedlich verlaufen, bis staatliche Sicherheitskräfte Gewalt – namentlich Schläge mit Stöcken und Seilen, Tränengas und Schüsse mit scharfer Munition – angewendet hätten, um die Menge zu zerstreuen. Eine Person wurde durch einen Schuss getötet und es gab mehrere Verletzte, einschliesslich mindestens einer Person, die Schussverletzungen erlitt. Am 1. März 2017 waren immer noch Armeefahrzeuge in den Strassen von Lomé sichtbar. Am 25. Februar 2017 wurden gemäss demselben Bericht mindestens zwei Personen während einer Demonstration verletzt, bei der die Wiedereröffnung des Radiosenders *CityFM* und des Fernsehsenders *La Chaine du Futur* gefordert wurden.

Im August 2016 verletzten Sicherheitskräfte gemäss *Amnesty International* (22. Februar 2017) während eines Protestes in Abobo-Zéglé mindestens zehn Personen. Sie benutzten Tränengas, Stockschläge und scharfe Munition. Der Protest richtete sich gegen Zwangsräumungen, um den Phosphatabbau zu ermöglichen. Laut derselben Quelle warfen Polizei- und Gendarmerieoffiziere im Januar 2016 während eines Protestes an der Universität Lomé mit Tränengaskanistern. Fünf Studentinnen und Studenten und drei Mitglieder der Sicherheitskräfte wurden verletzt. Gemäss einem weiteren Bericht von *Amnesty International* vom 24. Februar 2016 schossen Gendarmen und Soldaten am 25. März 2015 auf Protestierende in der Stadt Glei. Mindestens 30 Personen einschliesslich einer Frau und eines Kindes wurden verletzt.

Tote und Verletzte bei Protesten in Mango im November 2015, fünf Organisatoren bleiben Anfang 2017 inhaftiert. *Amnesty International* berichtete am 24. Februar 2016 von Demonstrationen in der Stadt Mango im November 2015 gegen die Einrichtung eines Naturschutzgebiets, bei denen Sicherheitskräfte sieben Personen töteten und mindestens 117 weitere verletzten, einschliesslich schwangerer Frauen und Kinder. Ein Polizist wurde am 26. November 2015 bei Zusammenstössen mit Protestierenden getötet, die Gewalt anwendeten, nachdem Sicherheitskräfte das Feuer auf friedlich Demonstrierende eröffnet hatten. Gemäss *Amnesty International* (22. Februar 2017) waren im Februar 2017 noch fünf Männer im Zusammenhang mit den Demonstrationen im November 2015 in Mango ohne Gerichtsverfahren in Haft. Möglicherweise blieben sie nur deshalb inhaftiert, weil sie für die Organisation des Protestes verantwortlich waren.

Festnahme von Protestierenden gegen Gewalt seitens der Sicherheitskräfte. Am 1. April 2016 wurden gemäss USDOS (3. März 2017) in Dapaong zwei Protestierende festgenommen, weil sie die Feiern zum Nationalfeiertag kritisierten und weil sie Gerechtigkeit für sieben im November 2015 während Zusammenstössen zwischen Sicherheitskräften und Protestierenden in Mango getötete Personen forderten. Laut *Amnesty International* (22. Februar 2017) handelte es sich um eine willkürliche Festnahme. Der eine der beiden, Zékéria Namoro, wurde während des Verhörs durch Gendarmen beschuldigt, Informationen über die Menschenrechtssituation in Mango an Journalisten, Diasporagruppen und Menschenrechtsorganisationen weiterzugeben zu haben. Namoro und der zweite Protestierende, Adamou Moussa,

wurden der «Anstiftung zur Durchführung eines Verbrechens» angeklagt. Die Behörden nahmen im April 2016 gemäss USDOS (3. März 2017) ausserdem zwei weitere Protestierende fest und klagten sie wegen ordnungswidrigen Verhaltens, Widerstands gegen ihre Festnahme und Zerstörung von Gemeingut an. Alle vier Personen wurden am 6. September 2016 freigelassen.

Festnahme des Oppositionellen Kombate Garimbité im April 2017. *Amnesty International* berichtete am 12. April 2017 von der Festnahme von Kombate Garimbité, eines Vertreters der Oppositionspartei *Alliance des démocrates pour le développement intégral* (Allianz der Demokraten für eine uneingeschränkte Entwicklung – AD-DI), am 4. April 2017. Er hatte sich während einer Elternversammlung in Yembour mit anderen Teilnehmenden gegen einen Vorschlag des Kantonschefs von Yembour ausgesprochen. Garimbité wurde wegen «schwerer Störungen der öffentlichen Ordnung» («*troubles aggravés à l'ordre public*») angeklagt. Die Behörden gaben an, er habe Schülerinnen und Schüler zu einer Demonstration angestachelt, was er jedoch verneinte, da er sich zum Zeitpunkt der Demonstration nicht in Yembour, sondern in Lomé aufgehalten habe. Er befand sich Mitte April weiterhin im Gefängnis von Dapaong ohne Zugang zu einer Anwältin oder einem Anwalt. Gegenüber *Amnesty International* erklärte er, er sei von den lokalen Behörden wegen seiner politischen Stellungnahmen bedroht und eingeschüchtert worden, und er sei gezwungen worden, ein Protokoll von mehreren Seiten Länge zu unterzeichnen, ohne es gelesen zu haben.

Festnahme von Kao Atcholi, eines leitenden Mitglieds von ASVITTO, im August 2015. *Amnesty International* (24. Februar 2016) berichtete, am 20. August 2015 habe die Gendarmerie in Lomé willkürlich die drei Organisatoren eines Protestes gegen die steigenden Lebenshaltungskosten festgenommen, unter ihnen Kao Atcholi, ein Menschenrechtsaktivist und leitendes Mitglied des Vereins der Folteropfer in Togo (*Association des victimes de la torture au Togo* – ASVITTO). Sie wurden während drei Tagen festgehalten und ohne Anklage freigelassen.

Amnesty International, 12. April 2017:

«Le Togo connaît depuis le début de l'année des mouvements sociaux, notamment au sein du personnel enseignant et des élèves. Trois élèves ont été arrêtés entre le 12 et le 17 mars dernier et détenus à la prison civile de Dapaong dans le cadre des manifestations à Yembour, avant de bénéficier d'une libération conditionnelle le 24 mars. Ils étaient accusés de «troubles aggravés à l'ordre public».» Quelle: Amnesty International, Togo: Un militant politique détenu pour ses opinions doit être libéré, 12. April 2017:

www.amnesty.fr/presse/togo-un-militant-politique-dtenu-pour-ses-opinions.

Amnesty International, 1. März 2017:

«A la suite de l'augmentation des prix des produits pétroliers, une manifestation spontanée a eu lieu mercredi 28 février à Lomé, la capitale togolaise. Des témoins oculaires ont déclaré que les forces de sécurité, dont l'armée, sont intervenues à coup de bâton, de cordelettes, de grenades lacrymogènes et de tirs à balles réelles pour disperser les manifestants.

Selon les informations obtenues par Amnesty International, les manifestations étaient pacifiques jusqu'à ce que les forces de sécurité aient recours à la force pour disperser la foule. Au moins un bus et une voiture auraient été brûlés dans le cadre de ces manifestations.

Le gouvernement a confirmé dans la soirée du 28 février, la mort d'une personne par balle. Selon des sources médicales, plusieurs personnes ont été blessées, dont au moins une par balle. Ce matin, des voitures de l'armée étaient encore visibles dans les rues de Lomé.

Au Togo, les forces de sécurité ont régulièrement recours à une force excessive face à des manifestants pacifiques. Le 25 février, aux moins deux personnes ont été blessées lors d'une manifestation pacifique organisée pour demander la réouverture de la station radio CityFM et la chaîne télévisée La Chaîne du Futurs.» Quelle: Amnesty International, Togo: Un mort par balle et plusieurs blessés lors d'une manifestation dispersée par l'armée, 1. März 2017: www.amnesty.org/fr/press-releases/2017/03/togo-un-mort-par-balle-et-plusieurs-blessés-lors-dune-manifestation-dispersee-par-larmee/.

Amnesty International, 22. Februar 2017:

«Security forces continued to use excessive force against demonstrators. Arbitrary arrests and detentions, torture and other ill-treatment, and impunity for human rights violations persisted. A law revising the Criminal Code was adopted to make torture not subject to prescription under Togolese law. Other legislative developments undermined the independence of the National Human Rights Commission and the right to freedom of association. (...)

Togo was examined under the UN Universal Periodic Review (UPR) process in October. Concerns by UN member states included impunity and restrictions on freedom of expression and freedom of peaceful assembly. (...)

Excessive use of force

In January, police and gendarmerie officers threw tear gas canisters at the University of Lomé during a protest in which five students and three members of the security forces were injured.

In August, the security forces injured at least 10 people during a protest in Abobo-Zéglé. People were protesting against evictions from their land to make room for phosphate extraction. During the protest, security forces charged them with tear gas, batons and live ammunition. The community considered they had not received adequate compensation for their eviction.

(...)

Arbitrary arrests and detentions

The authorities continued to subject people to arbitrary detention, in particular those who expressed dissent.

On 1 April, Adamou Moussa and Zékeria Namoro were arbitrarily detained in Dapaong after they had called for justice for people killed during protests in Mango in November 2015; seven civilians and one police officer were killed. During their interrogation, the gendarmes accused Zékeria Namoro of sharing information on the human rights situation in Mango with journalists, diaspora groups and human rights organizations. The men were charged with “incitement to commit a crime” and released on bail on 6 September.

Five men remained in detention without trial in relation to the November 2015 demonstrations in Mango. There were concerns that they may be held solely because they were the organizers of the protest.

Seven out of 10 men convicted in September 2011 for participating in a 2009 coup plot, including Kpatcha Gnassingbé, half-brother of the President, remained in detention at the end of 2016.» Quelle: AI - Amnesty International, Amnesty International Report 2016/17 – The State of the World’s Human Rights – Togo, 22. Februar 2017:

www.ecoi.net/local_link/336539/479213_de.html.

AI, 24. Februar 2016:

«Excessive use of force

The security forces killed seven people and wounded at least 117 others, including pregnant women and children, in Mango in northern Togo, during demonstrations against the creation of a nature reserve in the area in November [2015]. One policeman was killed on 26 November in clashes with protesters who resorted to violence after security forces opened fire on peaceful demonstrators. Gendarmes and the military fired live bullets at protesters on 25 March [2015] at a rally in the city of Gleï, 160km north of Lomé, the capital. At least 30 people, including a woman and a child, were wounded. Gendarmes and soldiers charged at a crowd of 100 students, shooting real bullets and hitting them with batons. Students had gathered spontaneously to protest against exams being held despite the academic curriculum having been disrupted by social movements throughout the year. The gendarmes and soldiers who used excessive force have not been brought to justice.

Freedom of assembly

The government continued to restrict freedom of peaceful assembly by arbitrarily banning demonstrations and detaining peaceful demonstrators. On 20 August [2015], in Lomé, the security forces used tear gas to disperse a peaceful demonstration of 100 people protesting against the rise of the cost of living. The gendarmerie arbitrarily arrested the three protest organizers, including Kao Atcholi, a human rights defender leading the Association of Victims of Torture in Togo. They were detained for a day and released without charge.» Quelle: AI - Amnesty International: Amnesty International Report 2015/16 – The State of the World’s Human Rights – Togo, 24. Februar 2016:
www.ecoi.net/local_link/319725/466592_de.html.

USDOS, 3. März 2017:

«Arbitrary Arrest: There were two reports of arbitrary arrest of participants in lawful demonstrations. On April 1, two protesters were arrested in Dapaong for criticizing the National Day celebrations and demanding justice for the seven persons killed during a November 2015 clash between security forces and protesters in Mango. Following their arrest authorities detained two additional protesters and charged them with disorderly conduct, resisting arrest, and destruction of public property. On September 6, authorities released the four. Although charges were not dropped, the government had yet to prosecute any of the four by year's end. (...)

Political Parties and Political Participation: The UNIR party dominated politics and maintained firm control over all levels of government. UNIR membership conferred advantages, such as better access to government jobs.» Quelle: USDOS - US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Togo, 03. März 2017: www.ecoi.net/local_link/337245/480009_de.html.

Amnesty International, 12. April 2017:

«Kombate Garimbité, militant de l'Alliance des démocrates pour le développement intégral (ADDI), un parti de l'opposition, a été arrêté le 4 avril après avoir pris part à une réunion des parents d'élèves de la localité de Yembour, durant laquelle il s'est opposé avec d'autres participants à une proposition du chef de ce canton situé au Nord du pays.

Le chef demandait une cotisation de 1600 francs CFA (environ 2,5 euros) par famille pour réparer des dégâts causés par plusieurs élèves au cours de manifestations en mars dernier pour demander la reprise des cours interrompus suite à une grève des enseignants. Kombate Garimbité a demandé au chef de canton si cette proposition était fondée par une décision de justice ordonnant aux parents de financer la réparation des dégâts occasionnés.

Suite à ces propos, Kombate Garimbité a été arrêté et accusé de «troubles aggravés à l'ordre public» pour avoir instigué les manifestations d'élèves. Il est détenu à la prison de Dapaong, au Nord du pays, sans accès à un avocat. Il nie avoir été impliqué dans l'organisation des manifestations et déclare qu'il se trouvait à ce moment-là à Lomé, à 630 Km de Yembour.

«Si Kombate Garimbité est détenu uniquement pour avoir exercé son droit à la liberté d'expression de manière pacifique, il doit être libéré immédiatement et sans condition,» a déclaré François Patuel, chercheur sur l'Afrique de l'Ouest à Amnesty International.

Rencontré par Amnesty International à la prison de Dapaong, Kombate Garimbité a déclaré avoir fait l'objet de menaces et d'intimidations de la part des autorités locales pour ses prises de positions politiques. Il indique avoir été contraint de signer un procès-verbal de plusieurs pages sans l'avoir lu.» Quelle: Amnesty International, Togo: Un militant politique détenu pour ses opinions doit être libéré, 12. April 2017:

www.amnesty.fr/presse/togo-un-militant-politique-dtenu-pour-ses-opinions.

4 Versammlungs-, Meinungs- und Pressefreiheit

Einschränkungen der Versammlungsfreiheit durch das neue Kriminalgesetz, Demonstrationsverbote. Das November 2015 neu verabschiedete Kriminalgesetz schränkt laut *Amnesty International* (4. Mai 2016) die Versammlungsfreiheit weiter ein. Personen, die an Versammlungen teilnehmen oder solche organisieren, die von den Behörden nicht genehmigt sind, werden dadurch unabhängig von der Grösse der Versammlung kriminalisiert. Wenn bei solchen Versammlungen Gewalt ausgeübt wird, werden Strafen zwischen 50'000 CFA-Franc und fünf Jahren Gefängnis verhängt. Das Gesetz macht die Organisierenden und friedlich Demonstrierenden für jegliches gewalttätige oder kriminelle Verhalten anderer Protestierender verantwortlich und für jeglichen körperlichen oder materiellen Schaden haftbar. Im März 2017 berichtete *Amnesty International* (12. April 2017) von mehreren für oppositionelle Personen einschüchternden Demonstrationsverboten. So wurden Mitglieder der Oppositionspartei *Parti national panafricain* (Nationale panafrikanische Partei – PNP) daran gehindert, am 12. März 2017 in Mango und am 25. März 2017 in Kara zu demonstrieren. In der Hauptstadt Lomé wurde eine von Schülerinnen, Schülern, Studentinnen und Studenten organisierte Demonstration am 9. März 2017 verboten. Bereits im Jahr 2014 wurde es laut *Amnesty International* (25. Februar 2015) studentischen Vereinen untersagt, zu demonstrieren. Ferner durfte der Verein der Folteropfer in Togo (*Association des victimes de la torture au Togo – ASVITTO*) keine Sit-ins organisieren.

Einschränkungen der Meinungs- und Pressefreiheit. Gemäss *Freedom House* (27. Januar 2016) ist die Pressefreiheit in Togo zwar gesetzlich garantiert, wird in der Praxis jedoch oft eingeschränkt. Straflosigkeit für Verbrechen gegen Journalistinnen und Journalisten und häufige Verleumdungsklagen haben zu verbreiteter Selbstzensur geführt. Das neue Kriminalgesetz vom November 2015 belegt laut *Freedom House* (27. Januar 2016) und *Amnesty International* (4. Mai 2016) die Veröffentlichung von «falschen Informationen» mit Inhaftierung zwischen sechs Monaten und zwei Jahren und mit hohen Geldstrafen. Das Gesetz verschärft die Regelungen des *Press and Communication Code* von 1998 weiter; dieser hatte bereits die Unterdrückung abweichender Meinungen ermöglicht.

Die *High Authority of Broadcasting and Communications* (HAAC) gilt gemäss *Freedom House* (27. Januar 2016) weithin als eng verbunden mit der Regierung Faure Essozimna Gnassingbé. Sie kann Strafen einschliesslich des Aufschubs von Publikationen oder Sendungen und der Konfiszierung von Presseausweisen aussprechen für Journalistinnen und Journalisten, die aus Sicht der HAAC «schwere Irrtümer» begangen haben oder «die nationale Sicherheit gefährden». Einen Tag vor der Präsidentschaftswahl im April 2015 verhängte sie einen Medienstopp. Darüber hinaus war es Journalistinnen und Journalisten verboten, am Wahltag über den Wahlausgang zu berichten.

Laut einem weiteren Bericht von *Freedom House* (27. April 2016) wurden im September 2015 drei Journalisten, die Berichte über Korruption durch Minister der Regierung veröffentlicht hatten, wegen «Publikation falscher Informationen» und «Ver-

leumdung» auf Bewährung festgenommen. Im Mai 2015 verhafteten die Behörden erstmals einen Journalisten im Zusammenhang mit einer Veröffentlichung auf sozialen Medien. Im August 2015 wurden die Journalisten Zeus Aziadouvo und Luc Abaki gemäss *Amnesty International* (4. Mai 2016) im Zusammenhang mit einem Dokumentarfilm über die Gefängnisbedingungen in Lomé wiederholt zu Befragungen vorgeladen und aufgefordert, ihre Quellen preiszugeben. Die Befragungen fanden unter anderem im Hauptquartier der *Research and Investigation Services* und der HAAC am 18. und 26. August 2015 statt.

Amnesty International, 4. Mai 2016:

«The revised Criminal Code, adopted in November 2015, further restricts the right to freedom of peaceful assembly. It criminalizes the participation and organization of assemblies which have not been subject to the necessary administrative formalities, independently of the size of the assembly, with sentences ranging from a fine of CFA 50,000 to five years' imprisonment if violence occurs. It holds the organizers and peaceful demonstrators responsible for any violent or criminal behaviour by other protestors and liable for any corporal or material damage caused. (...)

In August 2015, Zeus Aziadouvo, a journalist who produced a documentary on prison conditions in Lomé, and Luc Abaki, director of private TV station La Chaîne du Futur which broadcast the documentary, were repeatedly summoned for questioning and asked to reveal their sources, including at the headquarters of the Research and Investigation Services and at the High Authority for Audiovisual and Communications on 18 and 26 August.» Quelle: Amnesty International, Togo: Human Rights – A Long Way to Go, 4. Mai 2016, S. 6, 9-10:
www.amnesty.org/en/documents/afr57/3852/2016/en/.

Amnesty International, 12. April 2017:

«Amnesty international a documenté plusieurs cas d'intimidation de militants politiques de l'opposition dans le pays, en particulier au Nord. Des militants du Parti national panafricain (PNP, opposition) ont été empêchés de manifester dans les villes de Mango le 12 mars et de Kara le 25 mars. Dans la capitale Lomé, une manifestation organisée par une coordination d'élèves et d'étudiants a été interdite le 9 mars au motif que son itinéraire incluait, selon la mairie de la ville, une zone d'affluence les jours ouvrables.» Quelle: Amnesty International, Togo: Un militant politique détenu pour ses opinions doit être libéré, 12. April 2017:
www.amnesty.fr/presse/togo-un-militant-politique-dtenu-pour-ses-opinions.

Amnesty International, 25. Februar 2015:

«Student associations were forbidden from demonstrating. The Association of Victims of Torture in Togo (ASVITTO) was also forbidden from holding sit-ins.» Quelle: AI – Amnesty International, Amnesty International Report 2014/15 – The State of the World's Human Rights – Togo, 25. Februar 2015:
www.ecoi.net/local_link/297333/444708_de.html.

Freedom House, 27. Januar 2016:

«D. Freedom of Expression and Belief: 9 / 16

Freedom of the press is guaranteed by law but often disregarded in practice. The availability of diverse and critical voices in the media has increased in recent years. While no incidents of harassment of journalists took place during the election and no defamation cases were reported in 2015, impunity for crimes against journalists and frequent defamation suits in the past have encouraged self-censorship. The National Assembly passed a new Penal Code in 2015 that criminalizes the publication of false information with a punishment of between six months and two years in prison and a hefty fine. Journalist associations and media outlets in Togo have spoken out against the new law, while the government defends it as a necessary step to fight cybercrime and terrorism.

The High Authority of Broadcasting and Communications (HAAC) is widely believed to be a close ally of the Gnassingbé administration. The HAAC can impose severe penalties—including the suspension of publications or broadcasts and the confiscation of press cards—if journalists are found to have made “serious errors” or are “endangering national security.” The HAAC mandated a media blackout for one day before the election, and journalists were prohibited from reporting the results of the exit polls on election day.» Quelle: Freedom

House: Freedom in the World 2016 - Togo, 27. Januar 2016:

www.ecoi.net/local_link/327749/468450_de.html.

Freedom House, 27. April 2016:

«Legal Environment: 19 / 30

The constitution and other laws protect the freedoms of speech and the press. However, in November 2015, the National Assembly passed a new Penal Code that reinstated prison terms for defamation and the publication of false information, allowing for between six months and two years in prison and a hefty fine. Journalistic associations and media outlets in Togo united to protest the new code. The government claims the provisions are necessary to fight cybercrime, money laundering, and terrorism. A 2004 amendment to the Press and Communications Code had abolished prison terms for press offenses, though it retained fines for defamation.

In a foreshadowing of the new penal code, in September police interrogated three journalists in relation to stories about corruption among government ministers published in *Le Rendez-vous*, *Liberté*, and *L'Indépendant Express*. In October, the chief magistrate charged them with publishing false news and defamatory information and placed them all on probation. According to Togolese law at the time, such incidents should be handled through the main state regulatory body, the High Authority of Broadcasting and Communications (HAAC), which had already begun investigating the incidents following complaints from the ministers. The new penal code will enable further use of the judiciary to circumvent the authority of the HAAC.

In an unrelated incident, the publication director of the independent *La Nouvelle* was detained in May and served two months of pretrial detention on

suspicion of defaming the minister of security in online posts. This is the first reported incident in Togo of a journalist serving prison time for a post on social media.» Quelle: Freedom House: Freedom of the Press 2016 – Togo, 27. April 2016:

www.ecoi.net/local_link/339379/482449_de.html.

5 Folter und Misshandlungen durch Sicherheitskräfte

Folter nicht länger verjährbar, aber weiterhin Berichte von Folter und Misshandlungen, einschliesslich zur Einschränkung der freien Meinungsäusserung.

Die Nationalversammlung nahm im Oktober 2016 gemäss *Amnesty International* (22. Februar 2017) eine Revision des Kriminalgesetzes an, in der die Definition von Folter der UN-Konvention gegen Folter angepasst und als nicht verjährbares Verbrechen definiert wurde. 2017 gab es jedoch Berichte von Folter und anderen Misshandlungen. So wurde laut *Amnesty International* (16. März 2017) und *Reporters without Borders* (14. Februar 2017) der Journalist Robert Kossi Avotor von der Zeitschrift *L'Alternative* am 7. Februar 2017 während einer Recherche über eine Zwangsräumung in Lomé von Gendarmen festgenommen und gefoltert, obwohl er eine Presseweste trug und einen Presseausweis bei sich trug. Gemäss *Amnesty International* (16. März 2017) hiessen die Gendarmen ihn, keine Fotos mehr zu machen. Sie versetzten ihm Schläge mit dem Schlagstock, legten ihm auf dem Rücken Handschellen an und reagierten nicht, als er ihnen sagte, die Handschellen seien zu eng. Als er darum bat, zu urinieren, antworteten sie ihm, sie würden ihn im Genitalbereich schlagen. Sie hielten ihn während drei Stunden gefangen und löschten seine Fotos, dann liessen sie ihn ohne Anklage frei. Avotor legte am nächsten Tag Beschwerde ein. Seitdem erhält er Anrufe von Mitgliedern der Sicherheitskräfte, die ihm raten, seine Beschwerde zurückzuziehen. Am 22. Februar 2017 veröffentlichte der Generalstaatsanwalt eine Erklärung, gemäss der jede Person, die über diese Angelegenheit Informationen verbreitet, wegen «Verbreitung falscher Neuigkeiten» (*«diffusion de fausses nouvelles»*) strafrechtlich verfolgt würde.

Mehrere im Zusammenhang mit den Protesten in Mango im November 2015 festgenommene Männer waren laut *Amnesty International* (4. Mai 2016) Misshandlungen ausgesetzt, einschliesslich des Schlagens mit Gürteln, Stöcken und Gewehrkolben zum Zeitpunkt ihrer Festnahme und während der Überstellung in verschiedene Strafanstalten. Dadurch erlitten sie offene Wunden auf Rücken, Beinen und Händen. Sie wurden aufgefordert, Erklärungen zu unterzeichnen, die sie nicht verstanden. Bis zum Mai 2016 war niemand für diese Misshandlungen zur Rechenschaft gezogen worden.

Amnesty International, 22. Februar 2017:

«Torture and other ill-treatment

In October, the National Assembly adopted a revision of the Criminal Code which defined torture in line with the UN Convention against Torture and made it an imprescriptible crime. Cases of torture and other ill-treatment continued to be reported throughout the year.

*In June, three police officers arrested Ibrahim Agriga at his home in Guerin Kouka. He was taken to a police station and beaten with batons on his buttocks and the soles of his feet to make him “confess” to a motorbike theft. He was released without charge after three days and filed a complaint with the tribunal of Guerin Kouka. No investigation was known to have been initiated at the end of the year.» Quelle: AI - Amnesty International, Amnesty International Report 2016/17 – The State of the World's Human Rights – Togo, 22. Februar 2017:
www.ecoi.net/local_link/336539/479213_de.html.*

Amnesty International, 16. März 2017:

*«Le 7 février, le journaliste Robert Kossi Avotor enquêtait sur une expulsion à Lomé lorsque des gendarmes lui ont enjoint de ne plus prendre de photos. Ils lui ont asséné des coups de matraque, l'ont menotté dans le dos et n'ont pas réagi quand il leur a signalé que les menottes étaient trop serrées. Lorsqu'il a demandé à uriner, ils lui ont répondu qu'ils le frapperaient au niveau des parties génitales. Ils l'ont détenu pendant trois heures et ont supprimé ses photos, après quoi ils l'ont libéré sans inculpation. Il a porté plainte le lendemain et, depuis lors, il reçoit des appels d'agents des forces de sécurité, qui lui conseillent de retirer sa plainte. Le 22 février, le procureur général a émis une déclaration dans laquelle il indiquait que toute personne communiquant des renseignements sur cette affaire encourait des poursuites pénales pour «diffusion de fausses nouvelles».» Quelle: Amnesty International, Togo: Amnesty International exhorte le Togo à s'engager expressément à protéger les droits aux libertés d'association, d'expression et de réunion pacifique, 16. März 2017, S. 2:
www.amnesty.org/fr/documents/afr57/5884/2017/fr/.*

Reporters without Borders, 14. Februar 2017:

*«Reporters Without Borders (RSF) is appalled by the way gendarmes handcuffed and tortured newspaper reporter Robert Avotor when he tried to cover a land dispute in a Lomé suburb on 7 February. The gendarmes arrested Avotor after first ordering him to leave the scene of the dispute in the western suburb Akato-Viépié, although he was wearing a press vest and had his press card. He works for the biweekly L'Alternative. After handcuffing and torturing him for more than two hours, the gendarmes took him to the gendarmerie base in Sagbado, where they deleted the photos in his camera and mobile phone and then released him.» Quelle: Reporters without Borders, Unacceptable police violence against newspaper reporter, 14. Februar 2017:
<https://rsf.org/en/news/unacceptable-police-violence-against-newspaper-reporter>.*

Amnesty International, 4. Mai 2016:

«Several men arrested during protests in Mango in November 2015 were subjected to ill-treatment, including beatings with belts, batons and rifle butts at the time of their arrest and during transfers to different detention centres, causing open wounds on their backs, legs and hands. They were asked to sign statements which they did not understand. No one has been held accountable

for the ill-treatment they suffered.» Quelle: Amnesty International, Togo: Human Rights – A Long Way to Go, 4. Mai 2016, S. 10-11:
www.amnesty.org/en/documents/afr57/3852/2016/en/.

6 Schwache Justiz und Kultur der Straflosigkeit

Schwache und von der Regierung abhängige Justiz. Dem togolesischen Justizsystem fehlen laut *Freedom House* (27. Januar 2016) die Mittel, und es wird stark vom Präsidenten beeinflusst. Insbesondere das Verfassungsgericht sei offenbar zugunsten der Regierungspartei *Union pour la République* (UNIR) parteilich; deshalb habe der Verlierer der Präsidentschaftswahl 2015, Jean-Pierre Fabre, das Wahlergebnis nicht angefochten. Um für eine einflussreiche Position im Justizsektor nominiert zu werden, sind gemäss *Bertelsmann Stiftung* (2016) Verbindungen zu einflussreichen Netzwerken der Regierung notwendig. Ferner hätten unabhängig arbeitende Anwältinnen und Anwälte viel geringere Chancen, einen Gerichtsfall zu gewinnen, als solche, die Verbindungen zur Regierungspartei unterhielten.

Weiterhin Kultur der Straflosigkeit und Klima der Angst für regierungskritische Personen. Trotz gradueller Verbesserungen im Justizsystem zur Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission von 2012, die politische Gewalt und Menschenrechtsverletzungen in Togo zwischen 1958 und 2005 untersucht hat, dauert die Straflosigkeit für viele Anhängerinnen und Anhänger Gnassingbés gemäss *Freedom House* (27. Januar 2016) weiter an. Dadurch wird für Personen, welche der Regierung kritisch gegenüberstehen, ein Klima der Angst aufrechterhalten. Auch *Amnesty International* (22. Februar 2017), die *Bertelsmann Stiftung* (2016) und US-DOS (3. März 2017) berichten, dass in Togo weiterhin eine Kultur der Straflosigkeit herrsche. Gemäss USDOS (3. März 2017) müssten Missbräuche durch Sicherheitskräfte zwar in internen Disziplinarverfahren untersucht und durch das Justizministerium strafrechtlich verfolgt werden. Solche Untersuchungen und Strafverfolgungen werden in der Praxis aber nur sehr selten durchgeführt. Im April 2016 nahm die Nationalversammlung laut *Amnesty International* (22. Februar 2017) ein neues Gesetzeswerk für die Militärjustiz an, das Militärgerichten die Untersuchung und Verurteilung von regulären Verbrechen einschliesslich Vergewaltigung und Folter überträgt, die von Militärangehörigen begangen wurden. Es wird erwartet, dass diese Regelung der Straflosigkeit Vorschub leisten wird. Die Zuständigkeit dieser Gerichte schliesst auch Zivilpersonen ein. Laut derselben Quelle war bis Ende 2016 kein Mitglied der Sicherheitskräfte für den von der nationalen Menschenrechtskommission beobachteten «unverhältnismässigen Gebrauch von Gewalt» während der Demonstrationen in Mango im November 2015 zur Verantwortung gezogen worden. Keines der Opfer erhielt eine Entschädigung. Darüber hinaus hatten die togolesischen Behörden bis Ende 2016 keine Schritte unternommen, um die Verantwortlichen für den gewaltsamen Tod von fast 500 Personen im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen im April 2005 zu identifizieren. Von den 72 durch Opferfamilien bei den Gerichten von Atakpamé, Amlamé und Lomé eingereichten Beschwerden war Ende 2016 keine vollständig untersucht worden.

Eine im März 2013 von der Regierung verabschiedete Verordnung zur Erhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung definiert gemäss *Amnesty International* (4. Mai 2016) den rechtlichen Rahmen bezüglich der Anwendung von Gewalt. Zwar

sieht die Verordnung eindeutig vor, dass die Erhaltung und Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung unter zivile Kontrolle fallen, und dass der Anwendung von Gewalt Warnungen vorausgehen sollen. Es geht aber nicht mit dem internationalen Recht und internationalen Standards einher. So sieht es nicht vor, dass Sicherheitskräfte so weit als möglich gewaltlose Mittel einsetzen sollen, im Gegenteil: Es legt fest, dass Sicherheitskräfte Gewalt und Feuerwaffen für ungesetzliche Ziele einsetzen können, wie beispielsweise die Verteidigung von Grundstücken oder Gütern. Ferner sieht es keine Berichterstattung beim Einsatz von Gewalt vor. Darüber hinaus existiert gemäss derselben Quelle keine unabhängige Instanz zur Untersuchung ernster Zwischenfälle, bei denen Sicherheitskräfte Gewalt angewendet haben, die individuelle und Befehlsverantwortung sowie institutionelle Fehler und Mängel feststellen könnte.

Freedom House, 27. Januar 2016:

«F. Rule of Law: 7 / 16

The judicial system lacks resources and is heavily influenced by the presidency. The Constitutional Court in particular is believed to be partial to UNIR; Fabre chose not to appeal the election results with the court for this reason. During the year, the government announced plans to improve the judiciary; these included providing greater access to the courts and modernizing judicial facilities. The High Court of Magistrates also cracked down on judicial corruption by suspending and firing two judges for "unethical behavior." (...)

Many of these gradual moves on the part of the government directed at the judiciary and prisons are in response to recommendations from the 2012 Truth, Justice, and Reconciliation Commission, which investigated political violence and human rights violations that occurred in Togo between 1958 and 2005. Despite these apparent efforts, impunity persists for many Gnassingbé supporters, perpetuating a climate of fear for those critical of the government.» Quelle: Freedom House: Freedom in the World 2016 - Togo, 27. Januar 2016: [www.ecoi.net/local link/327749/468450 de.html](http://www.ecoi.net/local_link/327749/468450_de.html).

Bertelsmann Stiftung, 2016:

«An independent judiciary exists mainly on paper. The Supreme Court and Constitutional Court, the latter inaugurated only in 1997, are dominated by members loyal to the Gnassingbé clan and the ruling party. (...)

Moreover, it is still necessary to belong to influential networks, dominated by the ruling party, in order to be nominated for an influential judicial position. It is even difficult for an independent lawyer to run a law firm, because his chances of winning a court case are much lower than for a lawyer associated to the ruling party. (...)

Corrupt office holders are not adequately prosecuted. There exists a long-standing culture of impunity vis à vis human rights abuses of the security forces. Abuse of public office is still endemic in Togolese society, and the embezzlement of public funds remains rampant. However, the political opening has meant that corrupt office-

holders are subjected to somewhat more (negative) publicity. Nonetheless, due to the judicial system's shortcomings, these officials are rarely prosecuted. (...)

The thorny problem that remained was the extra-legal killings either committed or condoned by the state in the course of past political persecutions and continued impunity enjoyed by the perpetrators, as shown by the final report of the CVJR [Commission Vérité, Justice et Réconciliation] published in April 2012.»

Quelle: Bertelsmann Stiftung: BTI 2016; Togo Country Report, 2016, S. 9, 10, 11, 12: www.bti-project.org/fileadmin/files/BTI/Downloads/Reports/2016/pdf/BTI_2016_Togo.pdf.

Amnesty International, 22. Februar 2017:

«*Impunity*

The climate of impunity for human rights violations persisted.

In March, a law was adopted on freedom to access to information and public documentation to facilitate greater transparency and accountability. However, in April, the National Assembly adopted a new Code of Military Justice which will fuel impunity as it gives military courts the power to investigate and judge ordinary criminal offences committed by military personnel, including rape and torture. The courts' jurisdiction extended to civilians.

In March, the National Human Rights Commission published its report on the November 2015 demonstrations in Mango. Despite its conclusion that "a lack of professionalism of certain elements of the security and law enforcement forces and the insufficiency of the elements deployed" led to "an excessive use of force", no member of the security forces had been brought to trial and none of the victims had received compensation at the end of 2016.

More than 11 years have passed since the deaths of nearly 500 people during the violence surrounding the presidential election of 24 April 2005, the authorities have taken no steps to identify those responsible for the deaths. Of the 72 complaints filed by the victims' families with the Atakpamé, Amlamé and Lomé courts, none are known to have been fully investigated.» Quelle: AI - Amnesty International, Amnesty International Report 2016/17 – The State of the World's Human Rights – Togo, 22. Februar 2017: www.ecoi.net/local_link/336539/479213_de.html.

USDOS, 3. März 2017:

«Corruption and inefficiency were endemic among police, and impunity was a problem. There were reports of police misusing arrest authority for personal gain. Abuses by security forces were subject to internal disciplinary investigations and criminal prosecution by the Ministry of Justice, but such action seldom occurred. The government generally neither investigated nor punished effectively those who committed abuses. There were no training or other programs to increase respect for human rights.» Quelle: USDOS - US Department of

State, Country Report on Human Rights Practices 2016 - Togo, 03. März 2017:
www.ecoi.net/local_link/337245/480009_de.html.

Amnesty International, 4. Mai 2016:

«In March 2013, the government adopted a decree on maintaining and restoring public order which defines the legal framework regarding the use of force. While it clarifies that maintaining or restoring public order falls under civilian authority and that the use of force should be preceded by warnings, the decree falls short of international law and standards. For example, it does not contain a clear stipulation that the security forces pursuing a lawful law enforcement objective should use non-violent means where at all possible. Rather it expressly provides that the security forces may use force and firearms for unlawful objectives, such as defending the premises or goods. It also fails to provide for reporting requirements when such force is used.

Under Togolese law, there is no independent oversight body mandated to investigate serious incidents involving the use of force by the security forces, in order to establish individual and command responsibility, as well as institutional failures and deficiencies.» Quelle: Amnesty International, Togo: Human Rights – A Long Way to Go, 4. Mai 2016, S. 6:
www.amnesty.org/en/documents/afr57/3852/2016/en/.